

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Toleranz und Vielfalt in Bayern: Einrichtung einer Bayerischen Antidiskriminierungsstelle - Opfer von Diskriminierung und Rassismus nicht alleine lassen

Der Landtag wolle beschließen:

I. Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine weisungsunabhängige Bayerische Antidiskriminierungsstelle (BADS) einzurichten und mit jährlich 500.000 Euro auszustatten. In Anlehnung an die unabhängige Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), die im Rahmen der Einführung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) errichtet wurde, unterstützt die BADS Personen, die Benachteiligungen selbst erfahren oder beobachtet haben, die rassistisch motiviert oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität erfolgt sind.

II. Der Freistaat Bayern fördert konzeptionell und finanziell Strukturen kommunaler Antidiskriminierungsarbeit, die den Betroffenen sowie den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort als Anlaufstellen zur Verfügung stehen.

Begründung:

Rassismus und Diskriminierung im Alltag sind ein gesellschaftliches Problem, um deren Lösung sich der Bund aber auch andere Bundesländer bislang engagierter bemüht haben als der Freistaat Bayern. Bereits im Jahr 2006 wurde die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes eingerichtet. Die ADS unterstützt auf unabhängige Weise Menschen, die aus rassistischen Gründen oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität benachteiligt wurden, bei der Durchsetzung ihrer Rechte zum Schutz vor Diskriminierung. Auch in etlichen Bundesländern, wie zuletzt in Baden-Württemberg sowie auf kommunaler Ebene (in München, Nürnberg, Erlangen, und Regensburg) wurden entsprechende Stellen eingerichtet. In der Stadt Augsburg wird der Aufbau einer solchen Stelle diskutiert. Die bisher in Bayern vorhandenen Strukturen der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit reichen aber nicht aus.

Die Nürnberger Antidiskriminierungsstelle beschreibt den Handlungsbedarf auf ihrer Webseite wie folgt: "Aus aktuellen Studien ist bekannt, dass mehr als 80 % der Menschen, die subjektiv eine Diskriminierung erfahren haben, diese aus unterschiedlichen Gründen nicht anzeigen. Viele wissen nicht, dass sie das Recht haben, vor Diskriminierung geschützt zu werden. Oder sie haben keine Informationen darüber, wo sie Unterstützung finden können." Laut dem Ergebnisbericht der im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes durchgeführten Repräsentativ- und Betroffenenbefragung "Diskriminierungserfahrungen in Deutschland" (2017) zeigt sich, dass insbesondere "rassistische Diskriminierungserfahrungen in allen erfassten Lebensbereichen häufig vorkommen".

Die deshalb zu errichtende Bayerische Antidiskriminierungsstelle (BADS) soll insbesondere

- Betroffene über Ansprüche informieren,
- Möglichkeiten des rechtlichen Vorgehens im Rahmen gesetzlicher Regelungen zum Schutz vor Benachteiligungen aufzeigen,
- Beratungen durch andere Stellen vermitteln und eine gütliche Einigung zwischen den Beteiligten anstreben.

Die wichtigsten Aufgaben der BADS sind:

- Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung zu den Themen Gleichbehandlung und Vielfalt,
- Maßnahmen zur Verhinderung von Benachteiligungen,
- Vernetzung der kommunalen Strukturen im Bereich Antidiskriminierung,
- Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen,
- Dokumentation von Diskriminierungsvorfällen,
- Vorlage von Berichten an den Landtag im Fünf-Jahres-Turnus. Die Berichte sollen einen Überblick über Benachteiligungen geben und Empfehlungen beinhalten, wie Diskriminierungen zu vermeiden und zu beseitigen sind.

Die BADS ist am Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales anzusiedeln.